

Laibacher Zeitung.

Nr. 290.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 19. Dezember.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere pr. Zeile 5 fr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 fr.

1874.

Pränumerations-Einladung.

Mit 1. Jänner 1875 beginnt ein neues Abonnement auf die „Laibacher Zeitung.“ Wir werden durch reichen und mannigfaltigen Inhalt, durch sorgfältige Redaction des politischen Theiles, durch eingehende Behandlung aller wichtigen Tages-Fragen in Original-Artikeln von unterrichteter Seite, insbesondere durch reichhaltige, thatfächliche und kurze Berichterstattung über alle hervorragenden Neuigkeiten des In- und Auslandes, durch Besprechung der materiellen Landesinteressen, durch schnelle Mittheilung thatfächlicher Provinz- und Local-Angelegenheiten, durch Besprechung wichtiger Fragen aus dem Gebiete der Literatur, Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Nationalökonomie, denen die „Laibacher Zeitung“ auch fortan ihre Spalten bereitwilligst öffnen wird, durch Mittheilung von Original-Telegrammen über alle wichtigen Ereignisse, durch neueste, interessante Original-Romane enthaltende Feuilletons theils belehrenden, theils unterhaltenden Inhaltes, durch die Rubrik „Stimmen aus dem Publicum“ zur Kundgebung der Wünsche und Beschwerden, wie bisher, bemüht sein, unserem Blatte ein allgemeines Interesse zu sichern. Die vollinhaltliche Mittheilung der wichtigsten Reichs- und Landesgesetze, Ministerial- und Landes-Berordnungen, wodurch die Anschaffung von Separatausgaben erspart wird; die Schnelligkeit, mit welcher die Verhandlungen des Reichsrathes, Landtages, Gemeinderathes, aller Vereine und Corporationen gebracht werden, dürften der „Laibacher Zeitung“ den Vorzug vor anderen Blättern sichern. Die Besprechung in allen Rubriken wird eine gemessene und leidenschaftslose, endlich die äußere Form eine anständige sein.

Eine unserer ersten Aufgaben wird es auch im Jahre 1875 sein, die Rubrik „Locales“ mit thatfächlichen Berichten über alle in der Landeshauptstadt Laibach und im ganzen Lande Krain vorkommenden wichtigen und interessanten Tagesereignisse reichlich auszufüllen.

Wir ersuchen deshalb alle Freunde unseres Vater- und Heimatlandes, alle Freunde des Fortschrittes auf der Bahn der Staatsgrundgesetze, alle wissenschaftlichen, politischen, humanitären Vereine und Gesellschaften um ihre geistige und materielle Mitwirkung zur Erfüllung unseres Programmes und um gefällige Mittheilung von Original-Correspondenzen über besondere Ereignisse und Vorfälle, über die Fortschritte auf den Gebieten der Industrie, des Handels und der Gewerbe aus allen Bezirken des Landes Krain, damit die „Laibacher Zeitung“ ein Gemeingut des gesammten Heimatlandes werde.

Wir unsererseits werden alles aufbieten, um die Verwirklichung dieses reellen patriotischen Programmes zu erzielen.

Die Pränumerations-Bedingungen bleiben unverändert:

Ganzjährig mit Post, unter Schleifen versendet	15 fl. — fr.	Ganzjährig für Laibach, ins Haus zugestellt	12 fl. — fr.
halbjährig dto. dto. dto.	7 „ 50 „	halbjährig dto. dto. dto.	6 „ — „
ganzjährig im Comptoir unter Convert	12 „ — „	ganzjährig im Comptoir offen	11 „ — „
halbjährig dto. dto. dto.	6 „ — „	halbjährig dto. dto. dto.	5 „ 50 „

Die Pränumerations-Beträge wollen portofrei zugesendet werden.

Laibach, im Dezember 1874.

Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 11. Dezember d. J. dem Polizeicommissär Joseph Fröhlich in Graz das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen vom Tage.

Die „Oesterr. Corr.“ schreibt: „In einigen Blättern ist die Nachricht enthalten, daß das Eisenbahnprogramm des Handelsministers, über dessen Inhalt auch einige Details mitgetheilt werden, schon nach den Weihnachtsferien dem Reichsrathe vorgelegt werden soll. Wir sind in der Lage, die Details als ungenau und jedenfalls verfrüht zu bezeichnen und anknüpfend an eine von Seite des Herrn Handelsministers im volkswirtschaftlichen Ausschusse des Abgeordnetenhauses jüngst abgegebene Erklärung beizufügen, daß mit Rücksicht auf den Umfang der zur Feststellung des Eisenbahnprogrammes erforderlichen Arbeiten wohl nicht daran zu denken ist, daß die Regierung schon im Monat Jänner in der Lage sein werde, die bezüglichen Vorlagen im Abgeordnetenhaus einzubringen. Zugleich glauben wir andeuten zu sollen, daß die Details, welche bezüglich der Verhandlungen über den Entwurf eines neuen Eisenbahnconcessionsgesetzes durch einen Theil der Presse in Umlauf gesetzt wurden, theilweise der thatfächlichen Begründung entbehren, zum mindesten aber gleichfalls als verfrüht bezeichnet werden müssen.“

Die „N. fr. Pr.“ bringt einen Artikel über den Abschluß der Budgetdebatten, die bedeutsameren Momente derselben recapitulierend und nochmals die Ankündigung einer neuen Universität in Czernowitz als eine sehr bemerkenswerthe Thatfache hervorhebend. Auf die mancherlei Resolutionen bei der Debatte hält das Blatt nicht viel, da dieselben Resolutionen gewöhnlich keine ihnen entsprechende Action hervorrufen und nicht sonderlich beachtet werden.

Die „Deutsche Ztg.“ spricht gegen den nun wieder patronisirten Staatseisenbahnbau. Das Gantletsystem sei und bleibe das einzig vernünftige.

Das „N. Frdbll.“ und das „N. W. Bl.“ sprechen über die Asbth'sche Broschüre: „Ungarisch-conservative Politik“ und verwerfen den darin proclamirten Conservatismus und die Partei, welche der angebliche Träger desselben sein soll.

Ueber den Verlauf des Processes Arnim schreibt der wiener Correspondent des „Gas“, man habe in wie-

ner politischen Kreisen mit Genugthuung erschen, daß Fürst Bismarck selbst in seinen geheimsten Erlässen das Drei-Kaiser-Bündnis gewissermaßen als den Ausgangspunkt aller politischen Combinationen betrachte. Außerdem sei während der ganzen Verhandlung kein einziges Detail zutage getreten, welches im stande wäre, Oesterreich zu compromittieren. Das Blatt selbst constatirt die Verwunderung einiger wiener Journale, daß, wie sich der Prozeß erwiesen habe, der Zeuge Dr. Landsberg, ein in Paris lebender Deutscher, Journalist und Herausgeber der „französischen Correspondenz“, gleichzeitig der Vertraute der österreichischen und deutschen Volkspartei, sowie des französischen Ministeriums gewesen sei. Diese Ueberraschung der wiener Journale, schreibt das Blatt, ist für uns überraschend, da doch den wiener Journalen ähnliche Erscheinungen nicht fremd sind. Das Wochenblatt die „Montagsrevue“ befindet sich in ähnlichen Beziehungen, ja es werden bekanntlich ihre berliner Briefe dem preussischen Pressleiter zugeschrieben.

Die „Köln. Ztg.“ bemerkt über die Weigerung Rußlands, Serrano's Regierung anzuerkennen, folgendes: „Der Kaiser von Rußland hat dabei seine Abneigung gegen die republikanische Staatsform gezeigt, wenigstens wenn diese in den alten monarchischen Staaten Europa's auftritt; denn mit der großen Republik jenseits des Wassers verträgt sich Rußland vortreflich. Daß ihm auch in Frankreich die Republik wenig Zuneigung und Vertrauen einflößt, hat Kaiser Alexander im vergangenen Frühjahr in Woolwich gezeigt, als er dem kaiserlichen Prinzen zutrank: „A votre succès!“ Und dieser Umstand, sagen wir, ist für Deutschland günstig. Das neue deutsche Reich hat eigentlich nur eine große Gefahr zu fürchten. Der Nachbarn des besiegten Frankreichs allein kann uns nicht gefährlich werden, wenn dieses keinen Allierten findet, und die einzige Allianz, die für Deutschland wirklich zu einer großen Gefahr werden könnte, wäre die, wenn sich unsere beiden großen Nachbarn in Ost und West gegen uns vereinigen wollten. Dazu ist für jetzt und überhaupt so lange Frankreich eine Republik bleibt, wenig Aussicht. Wie Fürst Bismarck in einem soeben im Prozeß Arnim verlesenen bemerkenswerthen Schriftstücke sagt: die französische Republik ist nicht bündnisfähig!“

Reichsrath.

98. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 16. Dezember.

Präsident Dr. Reichbauer eröffnet um 11 Uhr 20 Min. die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Freiherr

Casser, Dr. Banhaus, Dr. v. Stremayr, Dr. Glaser, Dr. Unger, Dr. Ritter v. Ehlmeckh, Freiherr v. Bretis, Oberst Horst und Dr. Ziemickowski.

Unter den eingelaufenen Petitionen befinden sich auch einige, welche Eisenbahnbauten betreffen. Diese werden auf Antrag Bschoks dem Petitionsausschusse zugewiesen.

Abg. Teuschl und Genossen richten an das Gesamtministerium folgende Interpellation: „Ist es wahr, daß die Regierung auf die Einziehung des den italienischen Consuln zustehenden Rechtes der Trauungen hinwirkte und was sind die Ursachen zu einer derartigen Einflußnahme?“

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Die Regierungsvorlagen, betreffend die Reisegebühren der Delegation, die Veräußerung von unbeweglichem Staatseigenthume dem Subgetauschusse, jene betreffend der Zugeständnisse für die Przemyśl-Lupkower Eisenbahn dem Eisenbahnausschusse, jene bezüglich der Regulierung des Narentastuffes einem eigenem Ausschusse von neun Mitgliedern und der Central-Rechnungsabrechnung über den Staatshaushalt 1873 wird dem Subgetauschusse zugewiesen.

Dr. Rodler referirt namens des Subgetauschusses über die Resolution Hofers auf Regelung der Stellung des Religionsfondes zum Staate und beantragt, dieselbe dem confessionellen Ausschusse zuzuweisen; die Resolution Fischers jedoch, die Subvention für katholische Priester dürfe nur im Einverständnisse mit dem Ordinariate erteilt werden und jene Pflüglers auf Gewährung von 20,000 fl. für die Restaurierung des salzburger Domes abzulehnen.

Abg. Lienbacher und Pflügl sprechen sich gegen die Abweisung aus.

Dr. Herbst als Obmann des Ausschusses gibt die Aufklärung, daß der Pflügl'sche Antrag formell und materiell unannehmbar sei, weil die Angelegenheit erst geprüft werden müßte. Die Anträge des Ausschusses werden sodann angenommen.

Die Resolution Ciancials bezüglich der slavischen Unterrichtsfrage im slavischen Theile Schlesiens wird über Antrag Prof. Suez' nach längerer Debatte abgelehnt.

Die Resolution Stenbels auf Aufhebung der Verzehrungssteuer in geschlossenen Städten und der Steuer auf Brennmaterialien wird über Antrag des Abg. Wolfrum in der modificirten Fassung des Ausschusses angenommen.

Die Resolution des Abg. Roser, den Grenzzollämtern größere Befugnisse einzuräumen wird angenommen, die Resolution Heinrichs auf bessere Zigarrenherzeugung angenommen.

Die Resolutionen des Abg. Dr. Klac, a. Steuerfreiheit für Mercantilschiffe, b. Errichtung einer Creditgesellschaft und c. Einreichung der Mercantilschiffscapitäne als Seecadeten im Freiwilligendienste, werden a. dem Steuerreformauschusse zugewiesen und b. und c. abgelehnt.

Die Resolutionen Schöffels a. Wiederaufforstung der Wälder, b. Reorganisation der Forstpolizei, c) Untersuchungen wegen der Rebhau werden a. und b. angenommen, letztere jedoch abgelehnt, trotzdem daß die Abgg. Schönerer und Dr. Kaiser warm für die Annahme plaidierten.

Die Dobhoff'sche Resolution behufs Förderung der Landeskultur wird in der modificierten Ausschussfassung angenommen, jene des Abg. Dr. Roser bezüglich des Vergbaues abgelehnt.

Die Resolutionen über Nachweisung der Reinerträge der subventionierten Eisenbahnen und Beschränkung der Freikarten werden angenommen.

Die Resolution Deschmanns auf Erhöhung der Subvention für den Grundentlastungsfond in Krain wird abgelehnt, und die vom Budgetausschusse beantragte Resolution, deren zweiter Theil einen 20percentigen Zuschlag zu den indirecten Steuern vorschlägt, angenommen. Abg. Deschmann bemerkte vor der Abstimmung des Hauses folgendes:

„Durch den zweiten Theil der vorliegenden Resolution wird indirect eine Sequestrierung der Einkünfte des Landesfonds bezweckt, indem der krainerische Landtag bei Verathung des Präliminaries des Landes- und Grundentlastungsfonds bei beiden dieser Fonds eine 20percentige Umlage auf die directen und eine 10percentige auf die indirecten Steuern votiert hat. Es wäre keine verfassungsmäßige Behandlung der Angelegenheiten eines Grundentlastungsfonds, wenn der Reichsrath schon im vorhinein beschließen würde, bei dem krainerischen Grundentlastungsfonds sei derzeit mit der Sequestrierung des Einkommens des Landesfonds zugunsten des Grundentlastungsfonds vorzugehen. Dieser Antrag sei mit § 88 der krainerischen Landesordnung schwer vereinbar, wonach Umlagen für Landeszwede nur, wenn sie vom Landtage beschlossen sind, eingehoben werden können. Ich überlasse es der Erwägung des hohen Hauses, sagt Redner, ob es ein Act politischer Klugheit ist, in einer noch schwebenden Frage gegen ein Land mit einer so harten executiven Maßregel vorzugehen, welche die Meinung hervorbringen könnte, als wollte der Reichsrath sich das Steuerbewilligungsrecht in Landesangelegenheiten aneignen. Indem Redner bemerkt, daß es sich im vorliegenden Falle um den Betrag von 30,000 fl. und zwar nicht um ein Geschenk, das dem Lande gemacht werden sollte, sondern um einen Vorschuß handle, der vom Lande zurückgezahlt werden wird, erklärt er, gegen den zweiten Theil der Resolution zu stimmen.“

Weiter wird die Resolution Dr. Kopp's, daß in der gemeinsamen Budgetverathung die größtmöglichen Restriktionen vorzunehmen seien, angenommen. Die einzelnen Petitionen werden nach den Anträgen des Ausschusses erledigt.

Bezüglich der Petition der Bezirksrichter um Einreichung in eine höhere Diätenklasse und Verbesserung ihrer materiellen Lage tritt Abg. Dr. Herbst sehr warm für die Bezirksrichter ein, die er für die wichtigsten Beamten des Staates hält.

Das Gesetz, betreffend die Gerichtsbarkeit der Con-

sulargerichte in Egypten wird in zweiter und dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Endlich wird das Actiengesetz in dritter Lesung angenommen.

Dr. Roser beantragt, den Bericht über die Petition betreffs der Arbeiterkammern von der Tagesordnung abzuheben, weil das Haus jetzt nicht mehr mit voller Aufmerksamkeit den Verhandlungen folgen würde. Wird abgelehnt.

Dr. Roser beantragt nun Schluß der Sitzung. Wird angenommen.

Parlamentarisches.

Der Bericht der zur Vorberatung des Gesetzes betreffend die Militärversorgung der Personen des k. k. Heeres, der Kriegsmarine und der k. k. Landwehr eingesetzten Specialcommission des Herrenhauses gelangte zur Vertheilung:

Die Commission einigte sich in dem Antrage:

„Das Herrenhaus wolle dem vorliegenden Gesetzentwurf unverändert in der von dem Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung seine Zustimmung ertheilen.“

An diesen Antrag knüpft sich jedoch der weitere Vorschlag, daß das Haus zugleich folgende Resolutionen beschließen möge:

1. „Die hohe Regierung wird ersucht, im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung bei dem gemeinsamen Ministerium darauf hinzuwirken, daß denjenigen Militärpensionisten, welche in geringen Ruhebezügen stehen und auf welche das vorliegende Pensionsgesetz keine Anwendung findet, eine bleibende Aufbesserung ihrer Ruhebezüge zugewendet werde.“

2. „Die hohe Regierung wird eingeladen, das Erforderliche vorzunehmen, um im verfassungsmäßigen Wege eine Reform der bestehenden gesetzlichen Einrichtungen in betreff der Versorgung der von Personen des k. k. Militärs hinterlassenen Witwen und Waisen, in Uebereinstimmung mit den diesfalls für die Hinterbliebenen der k. k. Civilstaatsdiener gegebenen Vorschriften, herbeizuführen.“

3. „Die hohe Regierung wird ersucht, das Einvernehmen mit der ungarischen Regierung zu pflegen, um womöglich noch in dieser Session bei dem Reichsrathe die im § 55 des Wehrgesetzes vom 5. Dezember 1868, R. G. Bl. Nr. 151, vorgesehene Gesetzesvorlage einzubringen, wodurch denjenigen Wehrpflichtigen, welche zum Dienste im stehenden Heere (Kriegsmarine) oder in der Landwehr nicht beigezogen werden können, die Entziehung einer Wehrsteuer (Militärsteuer) auferlegt wird.“

Politische Uebersicht.

Salzbach, 18. Dezember.

Der ungarische Justizminister legt einen Gesetzesentwurf über Abänderung der Institution der Gerichts-Executoren vor. — Franzl reicht im ungarischen Abgeordnetenhaus einen Beschlusantrag ein, worin der Finanzminister zur schleunigen Verfügung rücksichtlich der Besteuerung der bisher unbesteuerten Grundflächen aufgefordert wird. — Der ungarische Episkopat hielt in Budapest eine Conferenz ab, welche eine jener periodisch wiederkehrenden Besprechungen kirchlicher Tagesereignisse bildet, die in diesem Frühjahr inaugurirt wurden. An der Conferenz nahmen die Erzbischöfe von Kolocsa und Erlau, sieben Bischöfe und der

Abt der Prämonstratenser unter dem Vorsitz des Fürstprimas theil. Gegenstand der Besprechung war die Haltung, welche den im Zuge befindlichen Arbeiten der kirchenpolitischen Commission des Reichstags gegenüber einzunehmen sei; ferner die Frage eines katholischen Tageblattes. Nun telegraphirte man der „N. Fr. Pr.“, daß die Conferenz beschloffen habe, gegen den Gesetzesentwurf über Religionsfreiheit Stellung zu nehmen; dagegen berichtete man von anderer Seite, die sich in derartigen Fragen stets als wohlunterrichtet erwiesen, daß man beschloffen habe, vorläufig eine zuwartende Haltung einzunehmen.

Das Gerücht, daß der preussische Justizminister Leonhardt aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied zu nehmen gedenke, wird von Berlin aus als unbegründet bezeichnet. — Die Redacture der „Nordb. Allg. Ztg.“, der „Germania“ und des „Fremden-Anzeigens“ wurden wegen vorzeitiger Veröffentlichung der Kullmann'schen Anklageschrift zu je 10 Thaler Strafe verurtheilt.

Die russische Presse nimmt von dem Besuche des Prinzen Albrecht von Preußen in Petersburg Anlaß, die sogar im deutschen Reichstage jüngst von Centrumsmitgliedern wieder ausgesprochene Ansicht, als seien die Beziehungen zwischen der deutschen und russischen Regierung erkalte, aufs bestimmteste zu dementieren.

In Frankreich suchen die ultramontanen und monarchischen Blätter aus den Enthüllungen im Prozesse Arnim Kapital für den Monarchismus zu schlagen; sie beducieren, daß Frankreich nur durch den Monarchismus gerettet werden könne, da Bismarck in demselben Gefahren für Deutschland erblickt. Im übrigen herrscht unter den französischen Parteien die größte Verwirrung. — Der Gesetzesentwurf, welcher jedes Individuum ausländischen Ursprunges, das in Frankreich geboren ist und in seinem Heimatslande die Militärpflicht nicht erfüllt, als Franzosen und der Militärdienstpflicht in Frankreich unterworfen erklärt, wurde in dritter Verathung angenommen. — Die Dreißiger-Commission beschloß, nach den Feiertagsferien zu beantragen, nicht das Gesetz über die Uebertragung der Gewalten, sondern das Gesetz über die zweite Kammer auf die Tagesordnung der französischen Nationalversammlung zu setzen. Wenn bis dahin eine Vereinigung der beiden Centren nicht vollzogen ist, so dürfte das Gesetz über den Senat kaum angenommen werden, denn so wie die Sachen heute stehen, werden nicht nur die Republikaner, sondern auch die Legitimisten und Bonapartisten gegen ein Gesetz stimmen, das lediglich dem Interesse der Orleansisten dient. Nach dem vorliegenden Entwurfe der Dreißiger-Commission soll die 300 Mitglieder zählende zweite Kammer aus Senatoren von rechtswegen, aus vom Staatschef ernannten Senatoren und aus von den Departemental-Wahlkörpern gewählten Senatoren bestehen. Jedes Departement wählt einen, zwei, drei oder vier Senatoren, je nachdem die Bevölkerung desselben vier, fünf oder siebenmalhunderttausend Seelen zählt. Der Departemental-Wahlkörper ist zur Hälfte aus Beamten, Geistlichen und Offizieren und zur Hälfte aus den höchstbesteuerten Grundbesitzern und Industriellen zusammenzusetzen.

Der „Monde“ veröffentlicht anlässlich der Verfolgung der Christen in der Türkei (Hassounisten) eine Prüfung und Kritik des pariser Vertrages und lenkt die Aufmerksamkeit der Signatarmächte des Vertrages vom Jahre 1856 auf diesen Gegenstand.

Feuilleton.

Irrsinnig.

Roman von W. Heinrichs.

Neuntes Kapitel.

(Fortsetzung.)

Dr. Pritschard war nicht wenig erstaunt, als er den veränderten Entschluß seines hohen Patienten vernahm; jedoch kam ihm dieser unter den jetzigen Verhältnissen sehr gelegen. Er befahl daher dem Kutscher Tom, den Wagen sogleich in den Hof zu ziehen und die beiden Frauen vorzuspannen. Dann verfügte er sich selbst zu seinem Patienten, um ihn zu fragen, ob er ihm Hilfe senden sollte, seine Koffer zu packen; er fand ihn aber schon selbst damit beschäftigt, und da der Lord sich jede Hilfe verbat, so verabschiedete sich Dr. Pritschard mit aller Würde, deren er fähig war, ihm viel Glück zu seiner Heimreise wünschend.

Auf der Station in R. angekommen, verfügte er sich zuerst in die Ställe und mietete einen vierspännigen Wagen, welcher ihn am Strande erwarten sollte.

Tom, der unterdessen des Doctors Wagen im Hotel untergebracht, hatte dort verschiedene Erkundigungen eingelesen. Er näherte sich jetzt dem Lord mit sehr niedergeschlagenem Wesen.

„Das ist ein böser Umstand, Mylord“, sagte er. „Wir werden nichts ausrichten, es ist jetzt hohe Fluth, die Pforte der Felsengrotte ist unter Wasser.“

„Unter Wasser?“ rief Lord Geraldin, wie vom Donner gerührt. „Sind da keine Fenster?“

„Das wohl“, versetzte Tom, „aber wenigstens zehn Fuß über dem Wasser.“

„So laß' uns ein Boot nehmen, wir entführen sie durch das Fenster.“

„Aber es ist so klein, daß kaum ein Kinderkopf hindurch kann.“

„So schlagen wir eine größere Oeffnung in den Felsen.“

„Das Fenster ist auch stark vergittert.“

„Wir nehmen Zangen mit, die Gitter zu zerbrechen.“

„Auch ist es stockfinster.“

„Desto besser, so werden wir nicht gesehen. Kurz und gut, Tom“, sagte Lord Geraldin entschlossen, „wir wollen jedes Hinderniß besiegen. Hier, nimm meine Börse, Tom“, setzte er hinzu. „Geh' und kaufe alles Nöthige. Ich erwarte dich am Strande, wo ich unterdessen ein Boot aussuchen will.“

In weniger als einer Stunde traf Tom mit Lord Geraldin am Strande zusammen, wo dieser einen kühnen Schiffer gefunden, der sich für eine namhafte Summe bereit erklärte, seine Hilfe zu der Unternehmung herzu-
leihen. Alle drei bestiegen nun das Boot und ruderten vorsichtig am Felsenufer entlang. Der Abend war so dunkel, daß es nicht möglich war, das Loch, welches als Fenster diente, zu entdecken, da es überdies noch mit Flechten und Moos überwachsen war.

„Wir müssen warten, bis die Sterne uns leuchten“, sagte der Schiffer, „man kann kaum die Hand vor den Augen sehen.“

„O, ich habe auch daran gedacht“, sagte Tom und zündete schnell einige Fackeln an, welche er mitgebracht und in das Boot gelegt hatte.

Der Schiffer ruderte nun so nahe wie möglich an den Felsen hinan, während Tom ihm mit den Fackeln leuchtete. Lord Geraldins Augen folgten angestrengt dem

hellen Scheine, doch nicht die geringste Oeffnung in dem Felsen war sichtbar.

„Wir müssen das Fenster schon passiert haben“, sagte Tom. „Ich erinnere mich dieser gezackten Klippen nicht, die hier vor uns stehen und die doch auf meinen früheren Gängen zur Felsengrotte bemerkt haben müßte.“

„So laßt uns umkehren“, rief Lord Geraldin; und das Boot wurde zurückgerudert.

„Hört! war das nicht ein Schrei?“ flüsterte der Bootsmann. „Ich glaube, man verfolgt uns, man hält uns wahrscheinlich für Schmuggler. — Haben Sie auch Waffen mitgebracht?“

„Da — da schallt es wieder“, rief Tom.

„Das war eine weibliche Stimme“, versetzte der Lord.

„Wir haben hier keine Loreley“, meinte der Schiffer.

„Es war Carolinens Stimme“, rief Lord Geraldin, „sie hat uns gesehen, laßt uns halten, das Fenster muß in der Nähe sein. Ja — ja, sie ist's!“ sagte er, vor Freude zitternd — „ich sehe eine weiße Hand — sie weht mit dem Tuche, ha! wir haben sie gefunden.“

Das Boot hielt nun dicht unter dem Fenster, eine Leiter wurde angelegt — Lord Geraldin flog die Sprossen empor und war im nächsten Moment an der Oeffnung. „Reichen Sie mir Ihre Hand, Caroline“, sagte er hastig, „ich komme, Sie zu befreien. Glauben Sie, daß Sie hier hindurch — aber nein, die Oeffnung ist zu schroff, Sie möchten sich verlegen“, sagte er mit zärtlicher Besorgnis, „auch ist sie viel zu klein. Reicht mir ein Beil“, rief er hinunter.

„Nein, Mylord“, sagte Tom, „das überlassen Sie mir, ich war früher Maurer, ich verstehe das besser.“

Prozeß Arnim.

(Fortsetzung und Schluß.)

Berlin, 15. Dezember.

Verteidiger Prof. Holzendorf vermahnt sich in seiner Erwiderung auf die Rede des Staatsanwalts dagegen, daß er die Legalität des Verfahrens anerkannt habe, und weist auf die Mißverständnisse des Staatsanwalts auf dem Gebiete des theoretischen Rechts hin; er weist jedoch die Auffassung des Staatsanwalts, als habe er (Holzendorf) demselben zu nahe treten wollen, zurück, indem er sagt, er stehe hier als bairischer Unterthan, habe die Rücksicht auf den preussischen Gerichtshof, der ihn zur Verteidigung zugelassen, hoch zu schätzen und könne diese Rücksicht nicht mit persönlichen Angriffen auf den Staatsanwalt erwidern wollen.

Bezüglich der Feststellung des Charakters der betreffenden Schriftstücke, welche in der Verhandlung mangelhaft gewesen, erklärt Redner, daß eventuell bei der Verhandlung zweiter Instanz sachverständige Diplomaten zu vernehmen sein würden.

Nach einer unerheblichen Entgegnung des Staatsanwalts folgt das Plaidoyer Dochorns.

Verteidiger Dochorn geht zunächst auf die Affaire Murray (betreffend das Telegramm an den „New-York Herald“) und auf die Affaire Ernst (welcher in Paris Landsbergs Zeugnis beeinflussen wollte) ein und führt aus, daß darüber nichts festgestellt und nichts gegen den Angeklagten zu folgern sei. Bezüglich der Affaire wegen des „Echo du Parlement“ deduciert der Verteidiger, daß hierin weder ein criminelles, noch ein Disciplinarvergehen liege und Arnim eben nur als Diplomat in einer für jeden Diplomaten verständlichen Weise verfahren habe. Was die Enthüllungen in der Wiener „Presse“ angehe, so habe Arnim nichts publiciert, das Staatseigenthum wä; selbst wenn er das bekannte Promemoria veröffentlicht, was nicht nachgewiesen, so war das sein ausschließliches Privateigenthum, verfaßt zum ausschließlichen Gebrauche Arnims bei dem Verlehn mit den am Concil anwesenden Bischöfen.

Dochorn erwähnt die Bestechungsaffäre Brettfeld und berichtigt seine früheren irrtümlichen Mittheilungen betreffs der Vetheiligung Buchers, von dem heute ein Brief eingetroffen, den der Präsident zur Verlesung bringt. Redner kommt zur Frage, ob dem Angeklagten die That zuzutrauen sei, und erwähnt diesbezüglich die dreißigjährige ehrenvolle Dienstzeit Arnims, der noch im Jahre 1872 durch die Verleihung der Geheimrathswürde ausgezeichnet wurde.

Der Verteidiger weiß kein vernünftig denkbares Motiv für die angebliche Handlungsweise Arnims, da alle Schriftstücke doppelt vorhanden waren und Arnim sich Abschriften anfertigen lassen konnte. Das angebliche Gebieten Arnims zu weiteren Publicationen sei nicht nachweisbar. Bezüglich der vermischten Papiere sei hervorzuheben, daß keine Registraturordnung für die Botschaften und Gesandtschaften vorhanden war und sei, ferner, daß die pariser Botschaftslocalitäten mangelhaft seien und vielfache Uebelstände in Betracht kämen, welche das Fehlen der Actenstücke entschuldigen. Die kirchenpolitischen Papiere habe Arnim bei der ersten Aufforderung zurückgegeben. Bezüglich jener Papiere, von welchen Arnim das Eigenthumsrecht geltend mache, sagt Dochorn, Arnim könne dieselben behalten, bis das aus-

wärtige Amt sie ihm in einem Civilprozeße abgestritten haben wird. Arnim konnte dieselben als Eigenthum ansehen; an einem Eigenthum sei aber eine Unterschlagung unmöglich.

Der Verteidiger resumiert schließlich seine Ausführungen dahin: Die zur Sache gehörenden Punkte sind nicht erwiesen; was erwiesen ist, gehört nicht zur Sache. Der Verteidiger beantragt die Freisprechung des Angeklagten.

Darauf wird die Sitzung bis halb 4 Uhr vertagt.

Die Nachmittagsitzung wird um halb 4 Uhr wieder eröffnet. Der Staatsanwalt repliciert auf das Plaidoyer Dochorns: Murray und Ernst seien in der Anklage nur nebenbei erwähnt. Inbetriff des „Echo“ und der „Presse“ habe er sich auf das früher Gesagte zu beschränken. Dochorns Annahme, er habe Arnim in die Fraction Kullmann verlegt, beruhe auf einem Mißverständnisse. Was die Frage nach den Motiven Arnims betreffe, so habe der Angeklagte bei zwei Schriftstücken ausdrücklich selbst erklärt, er habe sie zu seiner Verteidigung an sich genommen. Ferner habe Holstein eiblich ausgesagt, daß Beckmann dem Botschaftspersonale die Aeußerung Arnims mitgetheilt habe: „Man wird mich nicht demissionieren oder zur Disposition stellen, denn ich habe Schriftstücke hinter mir, die Bismarck schwer compromittieren.“ Schließlich seien alle Schriftstücke hochpolitischen Inhaltes; das beweist das ungemeine Interesse der Presse der ganzen Welt für dieselben; der Verweis Bismarcks an Arnim interessiere niemanden.

Der Staatsanwalt weist die Parallele Dochorns zwischen dem Prozeße Waldeck und Arnim zurück.

Dochorn dupliciert, indem er hauptsächlich die Aussage des nicht vereidigten Beckmann ansieht, dessen Abklärung er eventuell für die höhere Instanz sich vorbehalte.

Der Staatsanwalt lehnt Dochorns Insinuation, den Namen des Fürsten Bismarck in die Debatte gezogen zu haben, ab.

Verteidiger Mundel gibt eine historische Darstellung der Anfänge des Prozeßes. Er erwähnt der Berichte Holsteins, welche mit dem Bewußtsein abgesendet wären, daß sie Bismarck vorgelegt werden würden. Hier liege die Wurzel zu Mißtrauen. Eine wohlwollende Vermittlung würde die Zuspitzung des Conflictes verhindern haben. Solche Vermittlungsversuche seien Bülow's Briefe an Arnim aber keineswegs.

Redner vermisst im Vorgehen des Staatsanwalts und Richters die nöthige Unbefangenheit, wie sie den Richterstand sonst auszeichnen; er glaubt, daß man unbewußt dem Einflusse einer Denunciation von so hoher Stelle nachgegeben habe.

Redner deduciert, daß Arnim die Schriftstücke nicht habe behalten wollen. Arnim gab 7 bis 8 von dem auswärtigen Amte gar nicht verlangte Schriftstücke zurück; das sei ein schlagender Beweis, daß Arnim Schriftstücke dieser Art nicht habe behalten wollen. Betreffs der Schriftstücke, an denen Arnim das Eigenthumsrecht behauptet, sei ein etwaiger Irrthum Arnims so verzeihlich, daß an einen Dolus nicht gedacht werden könne. Der Begriff öffentlicher Urkunden sei bei einer politischen Depesche eo ipso ausgeschlossen.

Der Staatsanwalt repliciert. Holstein habe nicht den Conflict hervorgerufen. Er weist die Vorwürfe gegen Bülow zurück, nennt die Rücksicht desselben gegen Arnim beispiellos und weist ferner die Behauptung zurück, Staatsanwalt und Untersuchungsrichter hätten unwillkürlich einem gewissen Drucke des auswärtigen Amtes nachgegeben.

Mundel erwidert, indem er ablehnt, daß Bülow Arnims Vorgesetzter sei; daß Bismarck Arnims Vorgesetzter sei, gebe er zu. In einem Schreiben an Arnim habe Bülow ausdrücklich erklärt, er behalte das weitere dem Reichskanzler vor. Die Entscheidung des Reichskanzlers sei aber noch nicht erfolgt.

Graf Arnim erklärt, die Conflictactenstücke seien für ihn das Grab, in das er eine alte Jünglingsfreundschaft begrabe. Man werde im übrigen trotz allen Suchens nichts finden, woraus hervorgehen könne, daß er seinen Instructionen zuwidergehandelt habe. Wenn das alte deutsche Institut des Reinigungseides jetzt noch bestünde, so würde er diesen Eid leisten und beschwören, daß er keine rechtswidrige Handlung begangen.

Der Präsident erklärt, das Gericht und der Untersuchungsrichter hätten nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt, wie das Sitte des preussischen Richters zu allen Zeiten gewesen ist.

Die Publication des Urtheiles findet Sonnabend, den 19. Dezember, nachmittags 4 Uhr statt.

(Wr. Btg.)

Tagesneuigkeiten.

(Gesetzentwürfe.) Se. Excellenz der Herr Minister des Innern Freih. v. Lasser legte auf Grund Allerhöchster Ermächtigung folgende zwei Gesetzentwürfe zur verfassungsmäßigen Behandlung vor: 1. Einen Gesetzentwurf betreffend die Erstreckung des Beginnes des Rückzahlungstermines für die auf Grund des Gesetzes vom 10ten Juni 1872 den, durch die Ueberschwemmung im Frühjahr 1872 heimgesuchten Bezirken und Gemeinden des Königreichs Böhmen aus Staatsmitteln erfolgten unverzinslichen Vorschüsse. 2. Einen Gesetzentwurf betreffend die Beiträge,

leistung des Staatshofes zu den Kosten der Regulierung des Mursflusses in Steiermark.

(Dividende.) Die Direction der Nationalbank beschloß, für das zweite Semester 1874 eine Dividende von circa 31 1/2 fl. zu vertheilen, was zuzüglich der im ersten Semester vertheilten 29 fl. eine Dividende von 60 1/2 fl. gibt.

(Bischof Stroßmayer) ist in Rom eingetroffen.

(Nordpol-Expedition.) Das betreffende Comité legte in einem vom 12. d. datierten Rechnungsabschlusse seinen Rechenschaftsbericht der Öffentlichkeit vor. Aus diesem Rechnungsabslusse entnehmen wir, daß die Einnahmen für die österreichische Nordpol-Expedition 222,616 fl. 70 kr., die Ausgaben 222,599 fl. 19 kr. betrugen, daher ein Restbetrag von 17 fl. 51 kr. sich als Ueberschuß ergibt. Für 2000 fl. Silber, von den Spendern zur Anlage für die Mannschaften bestimmt, wurde für 1300 Thlr. deutsches Bundesansehen gekauft; schließlich wurde dieser Betrag an den Fond für das Ehrengeschenk der Nordpolfahrer abgeliefert. Die Kosten für die Expedition des „Jabjörn“, welcher für die österreichische Nordpol-Expedition auf Novaja-Semlja ein Lebensmitteldepot zu hinterlegen hatte, sind in obiger Verrechnung nicht mit inbegriffen. Die Kosten hiesfür beliefen sich auf 20,451 fl. 96 kr. und wurden ausschließlich von Sr. Excellenz dem Grafen Hans Wilczel bestritten. Ebenso hat Se. Excellenz dem russischen Capitän Woronin, der die Nordpolfahrer von Novaja-Semlja nach Bardoe überführte, ein Honorar von 1000 fl. übermittelt.

(Erdäpfel-Soirée.) Am Sonntag den 13ten Dezember wurde vom Lesevereine in Moravitzan unter Mitwirkung des Directors der landwirthschaftlichen Lehranstalt in Dabrowitz und der Anstaltsprofessoren ein Erdäpfelfest begangen und hierbei Vorträge über die Nützlichkeit der Erdäpfel im Haushalte und über ihre geographische Verbreitung gehalten. Auf einer eigens vorbereiteten Tafel wurden über 50 Speisen, alle aus Erdäpfeln zubereitet, serviert. Von den Böglingen der dabrowitzer Anstalt wurde überdies an diesem Tage eine theatralische Dilettantenvorstellung veranstaltet.

Locales.

Zur Hebung der Eisenindustrie.

Der volkswirthschaftliche Ausschuß des Abgeordnetenhauses beschloß seine Beratungen über die Petition der österreichischen Eisenindustriellen um Inangriffnahme des Eisenbahnbaues mit nachfolgendem, bereits bekannten Resolutionsantrage: „Die kaiserliche Regierung wird aufgefordert, das in Aussicht gestellte Programm betreffend die Reform des Eisenbahnwesens und den Ausbau des Eisenbahnnetzes mit größter Beschleunigung dem Hause vorzulegen.“

Die eingehende Motivierung dieses Antrages enthält folgende wesentliche Stellen:

„Bei der Erwägung des von den Petenten vorgeschlagenen Mittels, um der Krise entgegenzuwirken, nemlich einer sofortigen energischen Inangriffnahme des Eisenbahnbaues, konnte der Ausschuß nicht außer Betracht lassen, daß der Eisenbahnbau nicht unterbrochen und daß im Jahre 1875 188 Meilen im Baue sein werden. Freilich wurden in der Periode 1868 bis 1872 in Oesterreich-Ungarn durchschnittlich 197 Meilen fertig; aber die österreichische Industrie war auch nicht im Stande, den Bedarf an Schienen zu decken und wurden in dieser Periode 8.945.875 Zentner Eisenbahnschienen eingeführt, während jetzt die Eisenbahnschienen-Einfuhr sich auf die Abwicklung früherer Schüsse beschränkt. Auch dürfte nicht übersehen werden, daß der Eisenbahnbau nicht der alleinige Eisenconsument und daß mit der Erstarkung der allgemeinen Consumtionsfähigkeit sich der Bedarf an Montanproducten wieder bessern muß und in dieser Hinsicht die Eisenindustrie von denselben Bedingungen wie die übrigen Produktionszweige abhängt.“

Der Ausschuß mußte jedoch bei seinen Beratungen immer wieder auf das Exposé des Herrn Handelsministers vom 23. November d. J. zurückzukommen, weil in demselben die Politik der Regierung in der Eisenbahnfrage ausgesprochen erscheint, umso mehr, weil in Eisenbahnangelegenheiten in erster Linie aus Zweckmäßigkeitsgründen der Regierung die Initiative überlassen werden dürfte.

Nach diesem Exposé erkennt es die Regierung als eine ihrer wichtigsten Aufgabe, die Reform des gesammten Eisenbahnwesens ins Werk zu setzen und für den planmäßigen Ausbau unseres Eisenbahnnetzes Sorge zu tragen, und verspricht, noch im Laufe des Jahres 1875 dem hohen Reichsrathe ein detailliertes Programm zu entwickeln.

Auch im Schoße des Ausschusses wurde vonseite des Handelsministers dieser Standpunkt neuerdings betont und von demselben unter Zustimmung des Ausschusses ausgesprochen, daß die bisherigen Wege verlassen und ein festes Programm zur Richtschnur genommen werden müsse. Ist es wohl möglich, wenn man auch nur einen flüchtigen Blick auf unser Eisenbahnwesen wirft, diese von der Regierung selbst freimüthig anerkannte Nothwendigkeit, künftighin nach einem System vorzugehen, zu verkennen?

Die Petenten selbst sagen in ihrer Petition: „Unser Eisenbahnwesen kann nur durch starke Vetheiligung

„Nun wohl“, sagte Lord Geraldin, „ich steige hinab. Ziehen Sie sich ein wenig zurück, Caroline“, warnte er, „damit Sie nicht etwa ein Stein verwunde.“

Bald darauf hörte man Toms gewichtige Schläge mit dem Mauerhammer.

„Dort lewärt's lag ein Boot, das sich uns jetzt zu nähern scheint“, flüsterte der Schiffer. — „Ich wollte wir hätten die Lach erst in Sicherheit.“

„Fürchtet nichts“, rief Lord Geraldin. „Wir befreien hier keinen Verbrecher. Man hält diese Dame hier widerrechtlich gefangen. Ich scheue nicht das Auge der Gerechtigkeit, ja ich werde der erste sein, es aufzusuchen.“

Unter den kräftigen Hieben des braven Tom hatte die Deffnung jetzt eine solche Höhe und Weite gewonnen, daß sie einer bequemen Thür nicht unähnlich war. Lord Geraldin stieg die Leiter hinauf und trat durch die Deffnung in die Zelle. Tom folgte ihm, und im nächsten Augenblicke sah man die beiden jungen Männer mit ihrer so leichten Bürde die Leiter hinab in das Boot gleiten, dort wurde sie auf ein für sie bereitetes Lager sanft niedergelegt und dann ruderten sie mit Windeschnelle dem Ufer zu.

Der Wagen, den Lord Geraldin auf der Station gemiethet hatte, stand dort bereit, Caroline wurde hineingeschoben, Lord Geraldin setzte sich neben sie und Tom auf den Vord zum Kutscher, und fort ging's im gestreckten Galopp bis nach dem Bahnhofe, wo eben ein Zug nach London abging.

Dahin fuhren sie alle drei, um Dr. March, Portman Square, aufzusuchen, an welchen Lord Geraldin schon vorher ein Telegramm abgeschickt, um sich dort anzumelden und ihm zu sagen, daß das verabredete Unternehmen nicht mehr nöthig sei.

(Fortsetzung folgt.)

fremder Capitale ins Leben gerufen werden. Wird nun das österreichische Eisenbahnwesen, sei es durch Schuld der Unternehmer oder sonstiges Verschulden discreditirt, so fließt der Zufluß — ja es findet ein Zurückströmen der Eisenbahnpapiere statt und es resultirt ein völliges Stocken der Thätigkeit im Eisenbahnwesen. Diesen wunden Punkt zur Heilung zu bringen, ist mit allen Mitteln anzustreben. Sie hoffen aber selbst nicht, daß dieses sobald geschehen kann und bleibt daher nach ihrer Ansicht nur dem Staate die Aufgabe. Damit anerkennen die Eisenindustriellen selbst die Nothwendigkeit der Reform in Ansehung der Privatbauten; nur glauben sie irrthümlich, daß damit der Anfang gemacht sei, mit einem Beschlusse des Budgetausschusses durch Annahme des Antrages die Staatsubventionen der vom Staate garantirten Bahnen zu erhöhen, indem sie diesem Beschlusse eine andere Bedeutung unterlegen, als er wirklich hat. Ein Programm ist aber nicht nur nothwendig, wenn Privatkapitalien herbeigezogen werden sollen, ist es ebenso nothwendig, wenn der Staat bauen soll. Wenn Bahnen gebaut werden, die nicht die Betriebskosten tragen, wenn Concurrenzbahnen gebaut werden, wodurch die Rentabilität der alten ruiniert und die Lebensfähigkeit beider in Frage gestellt wird, während volkswirtschaftlich gerechtfertigte Linien hintangesetzt werden, und wenn eine Reihe anderer Uebelstände fortbauern würde, so würde der Staatsbau bald ebenso, wenn auch in anderer Richtung discreditirt werden.

Ein Eisenbahnprogramm muß daher den weiteren Beschlüssen vorangehen und es wäre ein unstatthafter Widerspruch, die Nothwendigkeit eines Eisenbahnprogramms anzuerkennen und doch, ehe es vorliegt, Eisenbahnvorlagen zu begehren, um einen energischen Angriff des Eisenbahnbaues zu bewirken, und es war somit dem Ausschusse die Grenze von selbst bezeichnet, die er nicht überschreiten konnte, ohne mit sich selbst in Widerspruch zu geraten. Wie verschieden nun auch die Ansichten sein mögen, ob die von den Eisen-Industriellen beehrte sofortige energische Inangriffnahme des Eisenbahnbaues aus staatlichen Rücksichten zulässig oder durch die allgemeine Lage und volkswirtschaftlichen Interessen geboten sei — alle müssen sich doch in dem berechtigten Wunsche vereinigen, daß das versprochene Programm sehr bald vorgelegt werde. Ein Programm, das so große Interessen berührt, welches für unsere volkswirtschaftliche Zukunft von so großer Bedeutung sein wird, einmal versprochen, soll auch nicht lange der Discussion entzogen bleiben, damit die großen Interessen, welche an dasselbe geknüpft sind, nicht gefährdet, sondern zur Realisirung gelangen können. Erst nach dessen Genehmigung kann man entweder die sofortige energische Inangriffnahme des Eisenbahnbaues mit Grund begehren oder sie mit Grund verweigern.

Nachdem die Volksvertretung zwei große Gesichtspunkte leiten müssen: die Förderung der volkswirtschaftlichen Interessen und die Erhaltung des Staatscredit, wird sie erst nach Vorlage des Programms entscheiden können, ob in Anwendung auf das Begehren der Petenten sich beide Rücksichten vereinigen oder ob für die nächste Zeit die eine oder die andere untergeordnet werden müsse.

(Aus dem Sanitätswochenberichte des laibacher Stadthospitals) vom 6. bis inclusive 12. Dezember 1874 entnehmen wir folgenden:

I. Morbilität: Dieselbe war eine ziemlich bedeutende. Scharlach und Diphtheritis vorherrschend, letztere in dieser Woche wieder eine geringe Zunahme manifestierend, außerdem entzündlich-katarrhalische Zustände der Respirationsorgane ziemlich häufig, vereinzelt Typhoide und Variellen.

II. Mortalität etwas geringer als in der Vorwoche. Es starben nemlich 18 Personen (gegen 20 in der Vorwoche.) Von diesen waren 10 männlichen und 8 weiblichen Geschlechtes, 11 Erwachsene und 7 Kinder, so daß das männliche Geschlecht und die Erwachsenen überwiegend an der Sterblichkeit participierten.

Im ersten Lebensjahre starben an Fräusen 2 Kinder; vom 2. bis 20. Jahre starben 6 Personen, an Diphtheritis 4, an Herzfehler und Lungenlähmung je 1 Person; vom 20. bis 60. Jahre starben 7 Personen, und zwar an Lungenlähmung und Tuberculose je 2, an Bauchfellentzündung, Lungenödem und Typhus je 1 Person; über 60 Jahre alt starben 3 Personen, an Lungenentzündung, Lungenlähmung und Wassersucht je 1 Person.

Als häufigste Todesursache traten auf: Diphtheritis und Lungenlähmung je 4mal, (in der Vorwoche Diphtheritis auch 4mal) d. i. 22.2 %, Fräusen und Tuberculose je 2mal, d. i. 11.1 %, Herzfehler, Lungenentzündung, Typhus zc. je 1mal, d. i. 5.5 %, aller Verstorbenen.

Im Civilspitale starben 5 Personen, im Elisabeth-Kinderspitale 1 Kind, in der Stadt und den Vorstädten 12 Personen.

Diese vertheilen sich wie folgt: Innere Stadt 3, St. Peter-vorstadt 2, Polanavorstadt 2, Kapuziner-vorstadt 2, Gradischavorstadt 1, Krakau- und Tirnavorstadt 2, Karlsbader-vorstadt und Hühnerdorf 0, Moorgrund 0.

(Personalnachricht.) Dem k. k. Hauptmann erster Klasse, Herrn Klemens Ebert, des Infanterie-Regiments Freih. v. Ruhn Nr. 17, wurde anlässlich dessen nach dem Superarbitrierungsbesunde als ganzinvalid

erfolgender Uebernahme in den bleibenden Ruhestand, der Majors-Charakter ad honores mit Rücksicht der Toze verliehen.

(Das zweite Concert der philharmonischen Gesellschaft), findet Sonntag den 20. d. abends um 7 Uhr im landwirtschaftlichen Redoutensaal statt. Programm: I. E. Kceuer, „Das Felsenkreuz“, Männerchor. II. Fr. Grillmayer, „Ungarische Fantasie“ für Violoncello mit Begleitung des Pianoforte, vorgetragen von Herrn Moriz Weigner. III. R. Hagen, „Frühlingszeit“, Männerchor. IV. R. Fuchs, Serenade, D-dur: a) Andante; b) Tempo di menuetto; c) Allegro scherzando; d) Adagio; e) Allegro; für Streichorchester. V. a) W. Beethoven, „Die kleine Anna“; b) H. Marschner, „Ja du bist mein“, Lieder, gesungen von Frau Marie Potocnik. VI. A. Nedrba, „Gute Nacht“, Männerchor mit Bariton-solo, letzteres gesungen von Herrn Josef Schulz. VII. a) R. Schumann, „Träumerei“ aus den Kinderscenen, arrangiert von Jeermann; b) W. Taubert, „Liebesliedchen“, für Streichorchester; das Solo in „Träumerei“ gespielt von Herrn Joh. Gersner. VIII. Fel. Mendelssohn-Bartholdy, „Die Morgenwanderung“, Männerchor. — Der Eintritt ist nur den Vereinsmitgliedern gegen Abgabe der auf Namen lautenden Eintrittskarten gestattet. — Da nach § 10 der neuen Statuten Familien das Recht zum Eintritt für drei in gemeinschaftlicher Haushaltung lebende nicht selbständige Angehörige zusteht, so wolle für jedes weitere an den statutenmäßigen musikalischen Aufführungen theilnehmende Familienmitglied eine separate Eintrittskarte beim Herrn Vereinsassistenten Karl Raringer gegen Entrichtung des statutenmäßigen Jahresbeitrages von 1 fl. gelöst werden.

(Aus dem Vereinsleben.) Die Citalica in Altenmarkt bei Laas hält am Sylvesterabende ihre Generalversammlung ab. Derselben folgt eine Abendunterhaltung, bestehend aus der Aufführung eines Theaterstückes, mehrerer Gesangsstücke, aus einer Tombola und Lotterie. Am 17. Jänner und 7. Februar l. J. finden Tanzunterhaltungen statt.

(Attentat.) Am 13. d. wurde der in Wreß, Bezirk Umgebung Laibach, deulaubte Johann Modic, Soldat des 5. Dragonerregimentes, in einem Stalle zu Matena von Matthäus und Franz Eiber aus Matena arg mißhandelt und erlitt durch mit einem stumpfentagigen Werkzeuge auf seinen Kopf geführte Schläge eine schwere körperliche Beschädigung. Die gerichtliche Anzeige hierüber wurde erstattet.

(Selbstmord.) Am 14. d. um 6 Uhr morgens wurde der 38 Jahre alte erwerbsunfähige Josef Kralj in dem Stalle des Grundbesitzers Martin Skajanc in Glinet, Bezirk Umgebung Laibach, erhängt aufgefunden. Den Erhebungen zufolge hat sich Kralj in einem Anfälle von Jreßinn selbst entleibt.

(Theater.) Görners prächtiges Lustspiel „Tautchen Unverzagt“ unterhielt uns gestern bestend. Frau Blumenthal führte die Titelrolle äußerst gemüthlich, in Erinnerung an die glückliche Zeit des Jengzes und der Liebe mit Wärme, im letzten Acte, in welchem „Tante Unverzagt“ ihrem Schwager „Bach“ mit eminenter Zungenfertigkeit und Energie an den Leib tritt und den schlauen Fuchs „Rath Bilzig“ in die Falle lockt, vorzüglich aus. Der Charakter des „Rath Bilzig“ kann wohl keinen besseren Darsteller finden, als Herrn Director Kozly. Der Frau Blumenthal und Herrn Kozly wurde die Ehre des Hervorrufes zu theil. Einige kleine Sbrungen beim Inszenetreten ausgenommen, spielte sich das ganze recht lebendig ab; es besaßen sich namentlich die Rollen des Majors v. Weigl (Herr Erfurt) und jene der Ida (Frä. Krüger) in guten Händen. Das Publicum verließ befriedigt das Haus.

(Aus dem Schwurgerichtssaale.) Martin Zima aus Obergörtsch wurde vom laibacher Gerichtshof am 7. d. wegen Verbrechen der schweren körperlichen Beschädigung, verurtheilt an Georg Tenej, zur Ausübung einer fünfjährigen, mit Fesseln verschärften schweren Kettenstrafe verurtheilt. — Der Pfarrer Michael Bogulin aus Poloma bei Gottschee wurde vom Gerichtshof in Rudolfs-werth des angeklagten Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe für nichtschuldig befunden.

(Verlosungs-Kalender.) Besitzer von Lospapieren machen wir auf Fromme's praktischen „Verlosungs-Wandkalender“ für das Jahr 1875 aufmerksam. Dieser Verlosungskalender enthält eine übersichtliche Darstellung derziehungstage, der Nominalwerthe, der größten und kleinsten Treffer sowie der Gewinn-Auszahlungstage sämmtlicher österreichisch-ungarischen und in Oesterreich, Ungarn concessionirten ausländischen Lotterie-Effekten. In Laibach zu beziehen durch die Buchhandlung v. Kleinmayr & Bamberg.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 18. Dezember. Abgeordnetenhaus. Der Unterrichtsminister beantwortet die Interpellation wegen Ausführungsbestimmung zu den confessionellen Gesetzen dahin, daß die Vorarbeiten zur Regelung des Patronats-wesens wegen massenhaften Materials nur langsam vorwärtsschreiten; dasselbe gilt von der Reform der katholisch-theologischen Facultäten. — Längere Debatte über Wahlverficierung der Abgeordneten für den oberösterreichischen Großgrundbesitz, wobei principiell entschieden werden soll, ob geistlichen Nutznießern das

Wahlrecht zustehe. Herbst betont, die Frage berühre die Regierung nicht direct, sei vielmehr innere Angelegenheit des Abgeordnetenhauses und nur vom Rechts-, nicht vom politischen Standpunkte aus zu entscheiden; nach dem Rechtsstandpunkte siehe geistlichen Nutznießern das Wahlrecht nicht zu. Minister Unger weist auf Grund streng juristischer Argumente und unter Citirung der berühmtesten Rechtslehrer nach, daß das geltende Recht vollkommen und buchstäblich den geistlichen Nutznießern das Wahlrecht gewähre. Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Annullirung der Wahlen des oberösterreichischen Großgrundbesitzes mit 120 gegen 116 Stimmen angenommen.

Berlin, 18. Dezember. Der Reichstag gab dem Reich ein Vertrauensvotum, indem er den Antrag Windthorst auf Streichung des Geheimfondes für das auswärtige Amt mit 199 gegen 71 Stimmen des Centrums und der Socialdemokraten verwarf. Die Abstimmung ward mit stürmischem Beifalle angenommen.

Telegraphischer Wechsellkurs

vom 18. Dezember

Papier-Rente 69.90. — Silber-Rente 74.85. — 1860er Staats-Anlehen 109.60. — Bank-Actien 999. — Credit-Actien 237.50. — London 110.70. — Silber 106. — R. f. Münz-Ducaten — Napoleonsd'or 8.91 1/2.

Wien, 18. Dezember. 2 Uhr. Schlußcours: Credit 237.50, Anglo 144.25, Union 115.50, Francobank 57.50, Handelsbank 70.50, Vereinsbank 20.50, Hypothekendarlehenbank 12. —, allgemeine Bausparbank 26.25, Wiener Baubank 42.50, Unionbank 29.75, Wechselbank 14. —, Brigittenauer 9.50, Staatsbahn 309.75, Lombarden 128.50, Communalloose —. Ermattet.

Verstorbene.

Den 12. Dezember. Michael Profenc, Marktaufsichtsrath, 3 Monate 12 Tage, Gradischavorstadt Nr. 9, Convulsionen. — Kaspar Doberlet, Realitätenbesitzer, 73 Jahre, Tirnavorstadt Nr. 31, Lungenlähmung. — Anna Melcher v. Reuterburg, f. l. Hofgehilfin, 72 J., Krakauvorstadt Nr. 3, Wassersucht. — Maria Dobnikar, Arbeiterin, 73 J., Civilspital, Wassersucht.

Den 13. Dezember. Antonia Kallisek, Tagelöhnerin, 6 Jahre, Elisabethkinderspital, Polanavorstadt Nr. 67, Morbus Brythie. — Anna Krehan, f. l. Lotto-Collectantengattin, 52 J., Stadt Nr. 191, Entartung der Unterleibsorgane. — Johann Bohl, Arbeiter, 40 J., Civilspital, Lungenentzündung.

Den 15. Dezember. Georg Reber, Arbeiter, 66 J., Civilspital, Wassersucht.

Den 16. Dezember. Ursula Gvala, Verkäuferin, 72 J., Civilspital, Brustwassersucht. — Maria Wehle, Arbeiterin, 4 J., Hühnerdorf Nr. 22, Lebensschwäche. — Anna Hermann, f. l. Postbeamtenstochter, 6 J. u. 9 M., Tirnavorstadt Nr. 4, Nerven-bräune.

Den 17. Dezember. Mariana Erjavec, Institutsarmie, 74 J., Versorgungshaus Nr. 4 und Josefa Safran, Schuhmachers-witwe, 78 J., Stadt Nr. 126, beide an Altersschwäche. — Anna Schmidsch, Private, 75 J., Kapuziner-vorstadt Nr. 72, Leber-entartung.

Theater.

Sente: Graf Esfer. Historisches Drama in 5 Akten von Dr. Heinrich Laube.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Tag und Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Windes	Wetter
18. 6 U. Mg.	734.08	- 3.2	NW. f. schw.	Schnee	4.15
2 „ N.	734.48	+ 0.5	W. schwach	ganz bew.	Schnee.
10 „ Ab	737.05	+ 0.4	windstill	ganz bew.	Regen

Morgens und vormittags Schneefall, nachmittags etwas Regen, abends ganz bewölkt. Das Tagesmittel der Temperatur - 0.7°, um 0.9° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Wir empfehlen als zu

Festgeschenken

besonders geeignet:

Original-Photographien älterer Meisterwerke aus der dresdner Galerie und hervorragender Meisterwerke der Neuzeit

in zwei Größen:

Extraformat Blattgröße 31 : 44", Bildgröße 25 : 33".
Imperialformat Blattgröße 25 : 31 1/2", Bildgröße 15 1/2 : 18 1/2".
Preis per Blatt Extraformat fl. 25.50.
" " Imperialformat " 6.80.

Ig. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg's
Buchhandlung, Stornallee.

Allen Freunden und Bekannten die betrießende Nachricht, daß unser einziges Kind

Emil

im Alter von 15 Monaten gestern abends 9 Uhr der Nervenbräune erlag.
Laibach, am 19. Dezember 1874.

Franz Rosmann,
k. k. Landeszahlamts-Beamter.